

II- 834 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 467/J

1976 -06- 10

A n f r a g e

der Abgeordneten ROCHUS
und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend das Verhalten des Mittelschullehrers Franz SEBA,
Eisenstadt, im Zusammenhang mit der Burgenlandstiftung-Theodor
Kery

Den Unterfertigten ist bekannt geworden, daß der Lehrer am Bundesgymnasium Franz Seba, 7000 Eisenstadt, Ignaz Tillstr. 4 wohnhaft, ohne selbst Mitglied des Kuratoriums der Burgenlandstiftung-Theodor Kery zu sein, an zumindest zwei allgemeinbildende höhere Schulen im Burgenland, und zwar an das Bundesgymnasium in Güssing und das musisch-pädagogische Mädchenrealgymnasium in Eisenstadt Listen verschickt hat, in denen die Mitglieder des Lehrkörpers namentlich aufgefordert wurden, zumindest 10 Prozent ihres Bezuges als Stiftungsbeitrag einzusenden. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, der mindestens 10 Tage vor der behördlichen Bewilligung der Burgenlandstiftung-Theodor Kery liegt, die erst mit Bescheid LAD Zl. 1275/5-1976 am 19. 5. 1976 erfolgte. Die Aufforderung zum Sammeln geschah des weiteren ohne die entsprechende Bewilligung der Schulbehörde 1. Instanz gemäß § 3, Z. 4 des Burgenländischen Sammlungsgesetzes, LGBL. Nr. 15/70.

Die unterfertigten Abgeordneten sind daher der Meinung, daß durch diese Vorgangsweise des Herrn Franz Seba Bestimmungen der österreichischen Rechtsordnung verletzt wurden und zwar die Versendung von SammelListen für Zwecke einer Stiftung, die rechtlich noch gar nicht existent war und die Aufforderung zum Sammeln von Spenden in Schulen entgegen den Bestimmungen des burgenländischen Sammlungsgesetzes.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

A n f r a g e :

1. Sind Sie, Herr Bundesminister, in Ihrer Eigenschaft als zuständiger Ressortchef über die oben angeführte Tätigkeit des Mittelschullehrers Franz Seba orientiert?
2. Ist Ihrer Meinung nach die Vorgangsweise, mit der Stiftungsbeiträge eingehoben werden, nach den gesetzlichen Bestimmungen gedeckt?